

TATblatt

MINUS-EINHUNDERTUNDEINS-NUMMER

DAS PROJEKT ZWEITAGES- ZEITUNG

Das TATblatt soll eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht. Die Verwirklichung dieses Projekts voranzutreiben ist eine der Aufgaben der TATblatt-Minus-Nummern, die vorerst alle vierzehn Tage erscheinen. Sie sollen uns helfen, eine eigene redaktionelle Linie zu entwickeln und die Beteiligung für alle daran Interessierten zu ermöglichen. Wir wollen dabei experimentieren, Erfahrungen sammeln, Vorstellungen revidieren, lernen...

Es ist uns wichtig, die Entwicklung mittels der Minus-Nummern transparent zu machen, und zur Diskussion zu stellen. Soll die Zweitageszeitung, wie es unser Ziel ist, von einer breiten Basis politisch aktiver Gruppen und Leute getragen



werden, müssen diese auch schon an der Entstehung der Zeitung beteiligt sein. Es wird regelmäßige offene Plena geben und viele Seiten für eure Meinung. Die TATblatt-Minusnummern werden enthalten:

- Aktuelles
- Reportagen
- Presserundschau
- und einen Teil um das Projekt selbst zu diskutieren: Konzepte, Ideen, Kritik usw

...und das alle vierzehn Tage.

Der Countdown läuft, von Minus 101 bis 0... ohne damit sagen zu wollen, daß es

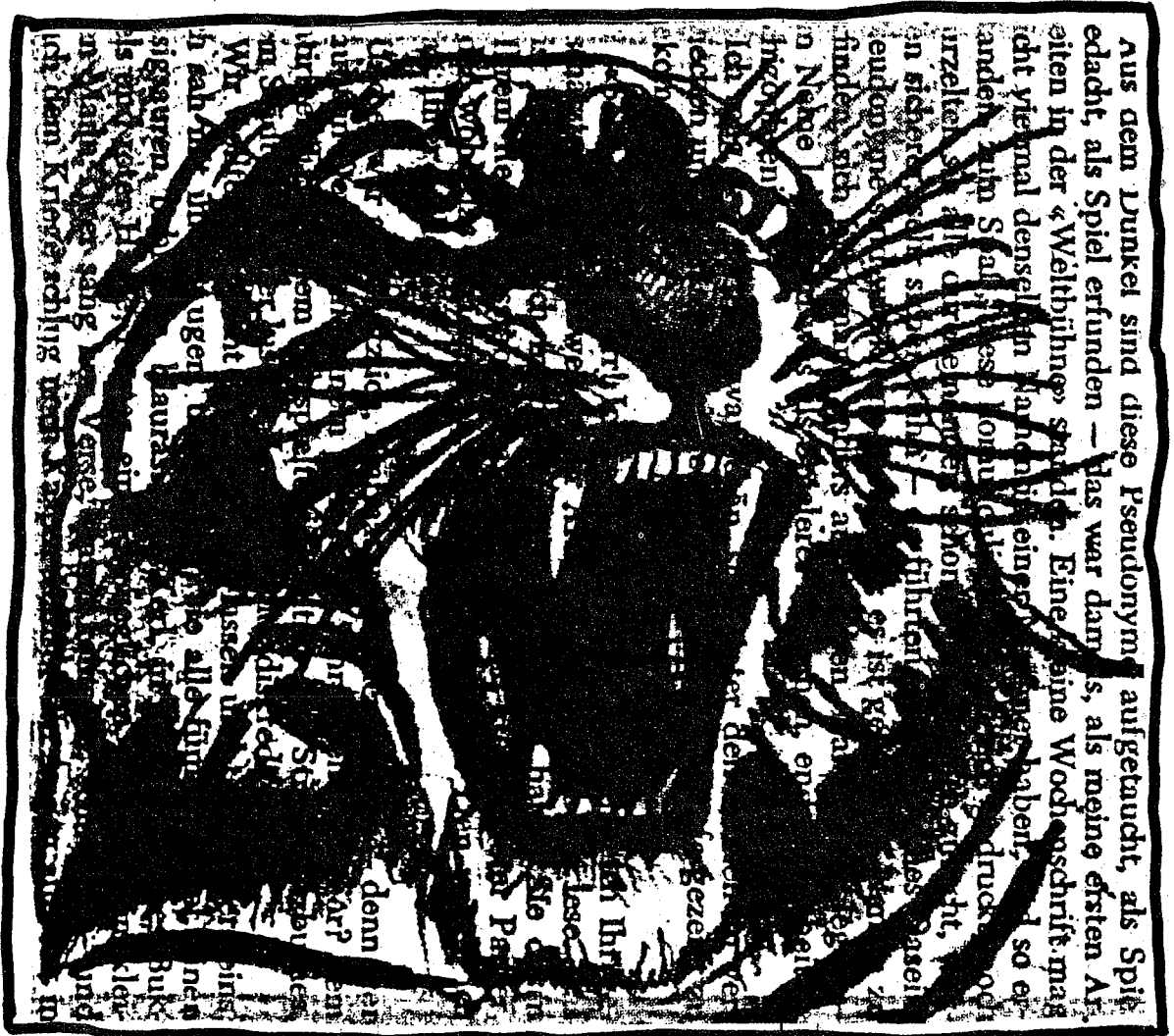
noch vier Jahre dauern wird, bis zur zweitägigen Erscheinungsweise.

Schickt uns bitte mässigst:
Infos, Artikel, Kurzmeldungen, Diskussionsbeiträge, LeserInnenbriefe.

NÄCHSTES PLENUM:
Do., 27. Oktober 1988
um 19.00 Uhr im
Amerlinghaus, Wien 7;
Stiftgasse 7

Unabhängige
Initiative
Informationsvielfalt
Postfach 282
1050 Wien

NUR WER DAS MAUL AUFREISST ZEIGT ZÄHNE!



1.) Die Freiheit der Presse

Natürlich darf frau/man in Österreich eine eigene Meinung haben und diese auch veröffentlichen... mit Maß und Ziel - natürlich! Soll diese Meinung auch noch verbreitet werden, so tritt dem Grundrecht der Meinungsfreiheit

das Gesetz des Marktes gegenüber. Die Meinung, besser: das Medium mit welchem sie verbreitet wird, will ja in entsprechender Auflage produziert und vertrieben werden.

Zwei Wege der Finanzierung werden von Tageszeitungen begangen, sehen wir von der - relativ - geringen Presseförderung ab. Der erste Weg führt über den

Markt des Verkaufs und Vertriebs, der andere über den Anzeigenmarkt. Auf beiden Märkten gilt es erbitterte Konkurrenzkämpfe durchzustehen. Die Relation der Erlöse aus Anzeigen und Verkauf bewegt sich durchschnittlich um 56:42 Prozent.

Die Konkurrenz um die Anzeigenaufträge, nach außen geführt als Konkurrenz um die

LeserInnen, bestimmt die redaktionellen Inhalte und die journalistische Qualität. Langfristig setzt sich die publizistische Linie durch, die einen Gewinn garantiert. In diesem Zusammenhang sind die, von den journalistischen Inhalten angelockten LeserInnen primär AnzeigenkonsumentInnen, die, als potentielle KäuferInnen an die AnzeigenkundInnen weiterverkauft werden.

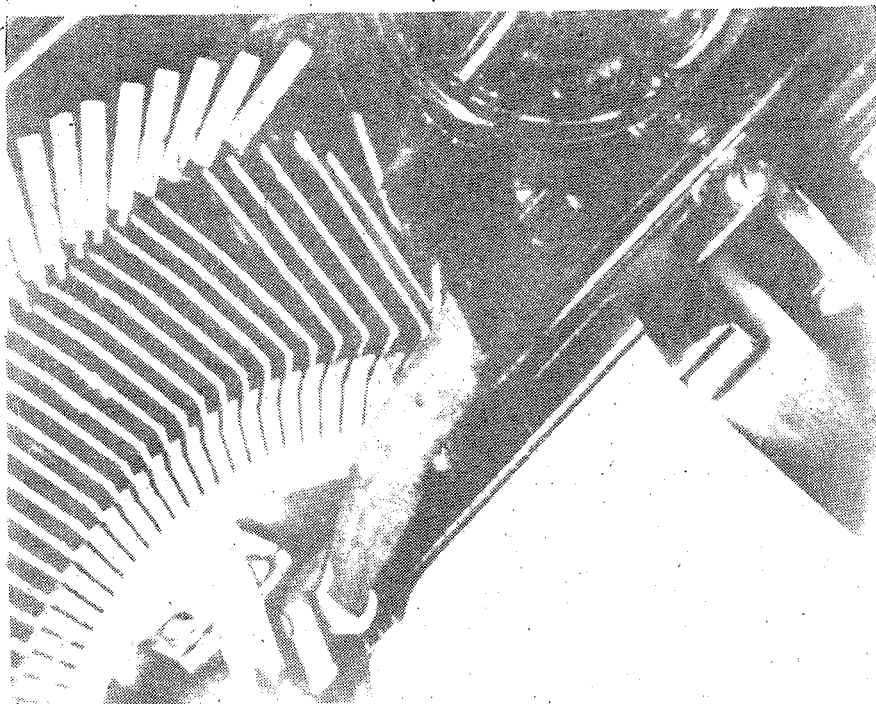
Der Konkurrenzkampf führte dazu, daß die Zahl der sogenannten publizistischen Einheiten (selbständige Redaktionen, die eigenständig eine Zeitung produzieren, und nicht nur Lokalseiten herstellen und den politischen Teil von einer anderen Redaktion übernehmen) rapide zurückgeht. Zur Zeit gibt es 17 "Einheiten", wovon die Kronen-Zeitung (die im Bezug auf die EinwohnerInnenzahl größte Tageszeitung der ganzen Welt!) allein 42% Reichweite, der Kurier 15%, die Kleine Zeitung 10% haben. Außerdem treten bundesdeutsche Medienkonzerne seit Ende 1987 in die Offensive und kaufen sich direkt in die österreichische Zeitungslandschaft ein: Krone-KG im November 87, Kurier-AG März 88, jeweils zu 45%. Und die neueste Einheit, die sich zwar einen liberalen Anstrich zu geben ver-

sucht (Der Standard), gehört zur Hälfte ausgerechnet dem Springer(!)-Verlag.

2.) Die totale HERRSCHAFT

Herrschaft kann sich, will sie längerfristig bestehen, nicht nur auf Mittel der physischen Gewalt stützen. Sie muß vielmehr auch die Gehirne der Beherrschten erobern, und das geschieht auf vielfältigen Wegen. Sie muß bei den Beherrschten die Gewißheit erzeugen, daß sie die Gewähr zur Abdeckung von Grundbedürfnissen darstellt. Das kann sie ziemlich leicht, wenn sie diese Grundbedürfnisse selbst bestimmt. Hierzu müssen "Werte"

umgewandelt vor einer ungezähmten Freiheit, die Chaos und somit Unfreiheit bedeutet. Dadurch wird vermittelbar, daß Freiheit nur durch Reglementierung ermöglicht wird, sodaß es einsichtig und wünschenswert wird, daß Freiheit der Freiheit wegen aufgegeben wird. Unterordnung und Ausbeutung wird zum begehrten Anliegen der Leute. Wobei, um Widersprüche unter den Teppich zu kehren, eine Neusprache geschaffen werden muß, in der Unterordnung zur Ordnung, sich ausbeuten-lassen zur hehren Pflichterfüllung, die staatliche Prügel- und Schießgarde zur Ordnungsmacht und zu Sicherheitsorganen,



geschaffen werden, zumeist ausgehend von tatsächlichen Bedürfnissen, die umgewandelt werden. Der Freiheitsdrang der Leute wird in Angst

das Militär zur Verteidigungsarmee und gar zur größten Friedensbewegung des Landes wird. Werden ausgebeutete LohnarbeiterInnen

gekündigt und somit ihrer überlebenswichtigen Löhne beraubt, werden sie "freigesetzt", usw. Auf der anderen Seite sind die, denen die Lohnarbeit vorenthalten wird, und sie somit ihrer materiellen Möglichkeiten beraubt werden, Schmarotzer, da ihnen trotz allem ein Mindestmaß an Überlebenssicherung "zusteht". Alle die sich gegen dieses System der Ausbeutung zur Wehr setzen, werden zu Kriminellen gestempelt. Und da jene, die sich wehren also Kriminelle sind, zeigt sich, daß es keine "relevante" Ablehnung gegen das System gibt. Als oppositionell gilt nur, wer das System akzeptiert, und in dessen Rahmen, möglichst ohne größere Zusammenhänge auch nur aufzuzeigen, Einzelerscheinungen kritisiert.

Durch das Gefühl, an dieser Politik durch freie Wahlen beteiligt zu sein, über freie Medien über alle "relevanten" Probleme informiert zu werden, übernehmen die Leute die Staatsinteressen als ihre eigenen Anliegen und lehnen jede Ablehnung dagegen aus innerstem Gefühl heraus ab.

Die Massenmedien sind das Instrument, die Werte, Interessen und manipulierten Wahrheiten des Systems den Leuten nahe zu bringen und ihnen die neusprachlichen Be-

griffe anzulehren. Nur die Medien, die diese Rolle auch geflissentlich erfüllen, können überleben, sind sie doch finanziell von diesem System abhängig (von Anzeigenaufträgen der kapitalistischen Betriebe oder vom Staat). Kleine unabhängige Medien haben unbedeutende Reichweiten. Zeitungen wie die Volksstimme sind von der KPÖ abhängig, die wiederum schon längst, um ihre - bescheidene aber doch - Macht bewahren zu können, sich dem System untergeordnet hat. Auch die Volksstimme ist ein Medium, in das es keinen offenen Zugang für politisch betroffene und aktive Gruppen gibt. Es wird strikt die Linie der Partei verfolgt.

Die Massenmedien haben mitgewirkt, das zu schaffen, was allein durch Ausbeutung in den Betrieben nicht erreicht werden konnte: die Unterdrückung in alle Lebensbereiche auszuweiten und die Leute auch ihrer Gefühle, Wünsche und Utopien zu berauben.

3.) Gegenmacht und das Projekt einer Zweitageszeitung

Gegenmedien haben es im kapitalistischen Anzeigen- und Verkaufsmarkt schwer zu bestehen, ja es ist ihnen sogar unmöglich, werden nicht völlig andere Wege der Finanzierung, wie auch von Geld weit-

gehend unabhängiger (also extrem billige) Produktions- und Vertriebswege beschritten. Dadurch können sie aber auch kaum mit den Reichweiten der systemkonformen Massenmedien mithalten.

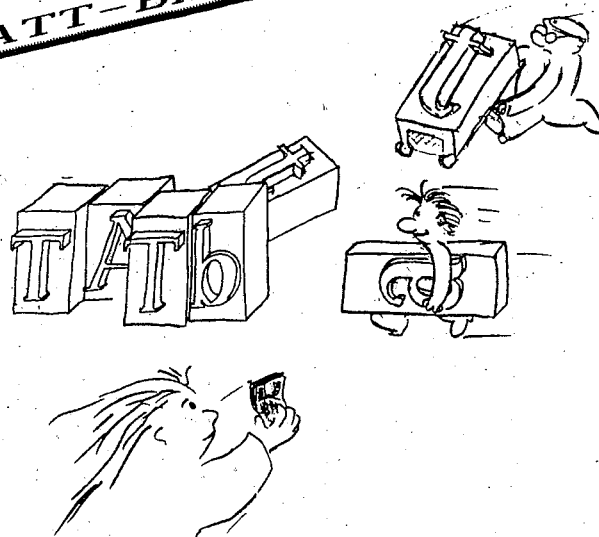
Es ist nicht möglich, mittels Gegenmedien eine Gegenmacht im Kraftmessens mit Krone, Kurier, Standard, usw. aufzubauen. Die Gegenmacht, die mittels Gegenmedien ausgeübt werden kann, kann nur in Zusammenhang mit anderen Formen von Widerstand und Kampf bestehen. Es ist die Aufgabe eines Gegenmediums, wie es das Projekt der Zweitageszeitung sein soll, den Kämpfen infrastrukturelle Möglichkeiten zu bieten: als Kommunikations- und Diskussionsorgan; zur raschen Verbreitung von Informationen, ohne die Verzögerungen einer Wochen- oder Monatszeitschrift, sodaß noch rechtzeitig auf Entwicklungen reagiert oder Einfluß genommen werden kann; durch Aufhebung der Isolierung einzelner linker Gruppen oder Einzelpersonen und damit Förderung von Organisierung und Solidarisierung. Die Zweitageszeitung will nicht nur Informationen liefern (natürlich auch; sowohl die üblichen, als auch zusätzliche, sonst unterdrückte Nachrichten), sondern sie will - da nicht

umgesetztes Wissen wertlos ist - dazu beitragen, Handlungsperspektiven zu finden. Auch dadurch, daß solche Handlungsperspektiven, die schon gefunden sind, dokumentiert werden, und daß alles und in jeder Form solidarisch und ausführlich diskutiert werden kann. Die Zweitageszeitung soll kein zusätzliches, "besseres" Nachrichtenblatt sein, sie soll ein Medium sein, mit dem gesellschaftsverändernde Prozesse unterstützt und vorangetrieben (eventuell angeregt und angestiftet) werden. Es soll kein intellektuelles Tagblatt, sondern ein rebellisches TATblatt sein.

Und da eine solche Zweitageszeitung, das TATblatt, nicht allein die Zeitung eines isoliert arbeitenden Kollektivs sein kann, sondern von allen daran Interessierten gemeinsam gemacht werden muß, gibt es ein **Herbst-neu-anfangs-groß-plenum:** am 27. Oktober um 19 Uhr im Amerlinghaus; Wien 7, Stiftgasse 7.

FÜR EINE KÄMPFERISCHE ZWEITAGESZEITUNG

TATBLATT-BAUSTEINE



Wir wollen eine Zweitageszeitung machen. Um diese inhaltlich und redaktionell aufbauen zu können, gibt es nun alle 14 Tage die "TATblatt-Minus-Nummern".

Doch mit Inhalten alleine läßt sich noch keine Zeitung machen. Es bedarf auch Geldes. Geldes um die nötigen Investitionen zu tätigen; Geldes auch um die, zur inhaltlichen Entwicklung notwendigen, "Minus-Nummern" produzieren zu können.

An Möglichkeiten, das TATblatt finanziell zu unterstützen mangelt es keineswegs:

1.) TATblatt-Bausteine

Ein Baustein kostet S 70.-. Wir finanzieren mit dem Geld die Produktion der "Minus-Nummern". Als Baustein-KäuferIn erhältst du ein halbes Jahr lang alle vierzehn Tage die TATblatt-Minusnummern zugeschickt.

2.) Subskriptionsabos für die Zweitageszeitung

Mit Beginn der zweitäglichen Erscheinungsweise bekommst du das TATblatt drei mal wöchentlich zugeschickt. Wenn du das Abo bereits jetzt bezahlst, ermöglichst du uns, besser zu kalkulieren. Die Preise betragen: 250.- fürs Vierteljahr, 450.- fürs halbe Jahr und 850.- für ein ganzes Jahr.

3.) Mitgliedschaft in der "Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt". Dieser Verein ist Herausgeber des TATblatts (Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu). Die Mitgliedsgebühr kostet im ersten Jahr 1000.-

4.) kleine und große Spenden

Unser Konto:
P.S.K. 7547 212.

Nähere Infos:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt
Postfach 282
1050 Wien

WUK BESETZT

(Agidi/Spalo, IAIblatt)

Am 15. Oktober, während der Sozialabbaudemo, besetzte die Hausgemeinschaft Agidi/Spalo den großen Festsaal des Werk- und Kulturzentrums WUK in der Währingerstraße.

Wie bekannt wurden die Agidi/Spalo-Häuser vor zwei Monaten, brutal geräumt, wobei 67 Leute verhaftet wurden. Nach ihrer Freilassung aus der

Untersuchungshaft war alles weg: die Häuser, ihr Eigentum, alles. Einige Zeit lebten sie in einer alten Turnhalle bzw. in Wohnungen von FreundInnen. Der Einzug ins Obdachlosenheim Melde- mannstraße wurde ihnen verweigert (der Eingang wurde von 50 Polizisten verbarrikadiert; Begründung: das Heim sei - wie alle anderen Asyle in Wien übrigens auch - überfüllt; und das Anfang Oktober!) Doch die Agidis/

Spalos kämpfen weiter um Platz, ihr kollektives Leben fortzuführen. Mit der Besetzung des WUK-Festsaaes sehen sie die letzte Möglichkeit, überhaupt ein Dach über den Kopf zu bekommen. Der Saal wurde vorher von niemandem genutzt. Ihnen gibt er die einzige Möglichkeit, die nächsten Tage gemeinsam zu überleben und auf ihre Lage aufmerksam zu machen, ohne von Kälte und Repression zerfressen zu werden.

ALI SAPAN: KURDISCHER FLÜCHTLING VOR DER AUSLIEFERUNG

(Lehrer, IAIblatt)

Ali Sapan, kurdischer Publizist, wurde am 4. Juli beim Verlassen des Fremdenpolizeilichen Büros in Wien, wo er sich einen Sichtvermerk holen wollte, von Staatspolizisten überwältigt und in Handschellen abgeführt. Er wurde auf Grund eines bundesdeutschen Haftbefehls in Auslieferungshaft genommen. Am 22. September entschied das Oberlandesgericht Wien, dem BRD-Ansuchen um Auslieferung vollumfänglich stattzugeben.

Ali Sapan ist aufgrund seiner politischen Überzeugung von der Türkei ausgebürgert und in Frankreich als Konventionsflüchtling anerkannt. Im europäischen Exil ist er in der

Öffentlichkeitsarbeit des Kurdistan-Komitees tätig.

Das Auslieferungsbegehren des deutschen Generalbundesanwaltes steht in Zusammenhang mit der Vorbereitung eines politischen Massenprozesses, der im kommenden Jahr in Düsseldorf gegen Mitglieder der Kurdischen Arbeiterpartei PKK eröffnet werden soll. Ermittelt wird nach §129a des bundesdeutschen Strafgesetzbuches wegen "Bildung einer terroristischen Vereinigung"

Die BRD hat in der Vergangenheit mehrfach politische Flüchtlinge aus der Türkei in ihren Verfolgerstaat ausgeliefert. Teilweise waren türkische Auslieferungsbegleichen

offenkundig konstruiert, und wurden erst durch bundesdeutsche Nachfragen in der Türkei über die AsylwerberInnen aufgelöst. Nach ihrer Auslieferung wurden solche Flüchtlinge in der Türkei unter Verletzung internationaler Abkommen wegen anderer Delikte verurteilt als jener, für die sie ausgeliefert worden waren. Dennoch hat ein Gericht in Saarbrücken in diesem Jahr erneut die Auslieferung eines Flüchtlings in die Türkei zugestimmt. Es gibt keinerlei Garantien dafür, daß den Angeklagten des bundesdeutschen PKK-Verfahrens nicht das selbe Schicksal bevorsteht. Wie im Mordfall Palme, wo fast ein Jahr lang die "kurdi-

sche Spur" unter Ausschluß aller anderen verfolgt wurde, erwiesen sich bisher alle ähnlichen gegen die PKK erhobenen Vorwürfe im Nachhinein als unhaltbar. Schon bevor Generalbundesanwalt Rebmann die Anklagen erhoben hat, zeigt die Einleitung eines §129a-Verfahrens gegen die PKK ihre Wirkung: Hunderte von Hausdurchsuchungen verbunden mit Festnahmen, Verhaftungen und Beschlagnahmungen, Verbot von Versammlungen, Denunziationsaufrufe, ständige polizeiliche Überwachung der Exilkurden, reihenweise Ablehnung von Asylansuchen, administra-

tive Maßnahmen (zB Drohung mit Entzug der Aufenthaltsbewilligung gegen tausende GastarbeiterInnen, deren Sympathien mit dem kurdischen Unabhängigkeitskampf amtsbekannt sind). Tatsächlich kommt ein Prozeß, von dem in der öffentlichen Meinung nur die Gleichung "AusländerIn = TerroristIn" hängen bleibt, gewissen Kreisen innerhalb der CDU/CSU sehr gelegen, um die AusländerInnen- und Asylgesetzgebung neuerdings in bisher einmaliger Weise zu verschärfen. Ein entsprechender Entwurf des Innenministeriums liegt bereit.

tigkeit, Unmenschlichkeit und Härte"* unseres Gegenübers brauchen die Herrschenden nicht zu teilen:

- Infotische werden in Zukunft bewilligungspflichtig sein. Abgesehen von den Kosten, das Verfahren kostet etwa 800 öS, kann eine Bewilligung bis zu 6 Monate auf sich warten lassen.
- Ebenso sollen Flugblatt-VerteilerInnen kräftig zur Kasse gebeten werden
- Die Zahl der aufgelösten oder bereits von vorne herein verbotenen Demonstrationen, und Kundgebungen liegt allein in Wien bei über 40 im Jahre 1988

Auch vor dem Einsatz physischer Gewalt gegen politisch aktive Menschen schrecken die Herrschenden nicht zurück, wenn sie sich angegriffen sehen:

- systematische Gewalt gegen streikende StudentInnen
- Polizeiangriffe gegen Großdemonstrationen, beispielsweise bei der Demonstration gegen Sozialabbau vom 24.10.1987 gegen die Anti-Opernball Demonstrationen der letzten Jahre
- Terroraktionen und Überfälle als Mittel gegen unbequeme "Randgruppen", bei denen Tote durchaus in Kauf genommen werden (Räumung der Ägidigasse)

Die Zahl der aufgrund ihrer politischen Gesinnung verurteilten und/oder inhaftierten Menschen nimmt

ANTI-REPRESSIONS-SEMINAR

(Infoladen Wien, Rotstilzchen)

11.11.-13.11.1988

Neues
Institutsgebäude der
Technischen
Universität Wien;
Wiedner Hptstr.3; A-
1040 Wien

Einige Gedanken zum Sinn und Zweck des Anti-Repressions Seminars

Wenn mensch den Anspruch hat, revolutionäre Politik zu machen, muß klar sein, daß es nicht genügt,.... Wut im Bauch zu haben, daß das noch kein Ausgangspunkt dafür ist, auch tatsächlich revolutionäre Politik zu machen. Dafür ist eine radikale Ausein-

andersetzung mit unserem Gegner, aber auch mit uns selbst, unserer realen Stärke (Schwäche), unseren Ängsten, etc. notwendig.

Wir müssen wissen, was es heißt, sich in Widerspruch zum kapitalistischen System zu begeben, um auch fähig zu sein, die Konsequenzen zu tragen.

Es darf nicht dabei bleiben, "Feuerwehrpolitik" zu betreiben, immer nur dort einzugreifen, wo gerade jemand, die/den mensch kennt, bei einer Demonstration, bei einer Aktion eingefahren ist.

Unsere Verwunderung über die "Ungerech-

*eine Folge unserer unkontinuierlichen "Feuerwehrpolitik".

sprunghaft zu (Manfred Henn, Bassam al Taher, Christian Unterwaditzer, Peter Dvorak, Peter Margulies,.....)

Grund genug, sich mit diesem Staat, seinen Gewaltmitteln und -tättern, aber auch mit uns und unseren Ängsten im Umgang mit Polizei, Häfen, Repression in Schule und Betrieb usw, näher auseinander zu setzen. Das Bewusstsein über diese Ängste versetzt uns erst in die Lage, wirklich zu erkennen, womit wir konfrontiert sind, was Aufstandsbekämpfung alles bedeutet, alles einschließt.

Die Tabuisierung unserer Ängste ist genau das, was die Herrschenden wollen: Häfen als Abschreckung,... als Mittel der präventiven Aufstandsbekämpfung.

WIR SIND ALLE NUR AUF BEWAHRUNG FREI

Programm

Freitag 11.11.1988
Beginn 16 Uhr

* Begrüßung, Besprechung des Ablaufes, Einteilung der Schlafplätze,.....

* Diskussion in Kleingruppen; persönliche Erfahrungen im Umgang mit Polizei und Justiz; eine Bestandsaufnahme

* Plenum: Diskussion der Kleingruppenergebnisse, Formulierung eines Seminar-

zieles
* Einteilung der Arbeitsgruppen für Samstag

Samstag 12.11-1988,
Beginn 10 Uhr

*Arbeitskreise
-Rechtshilfe; Erfahrungen der Vergangenheit, Konzepte der Zukunft
- Kriminalisierungsstrategien von Polizei und Justiz in den 80ern
- Häfenarbeit, Häfenkampf

- "Innere Sicherheit" genauere Beschreibung unten

* 13 Uhr bis 14 Uhr
Mittagspause

* Berichterstattung aus den Arbeitskreisen, Diskussion der Ergebnisse im Plenum

Sonntag 13.11.1988;
Beginn 10 Uhr

- Thomas Prader
- Heinz Vana
- Vera Scheiber
Beschreibung der Arbeitskreise

o Rechtshilfe

Seit ungefähr drei Jahren gibt es in Wien keine kontinuierlich arbeitende Rechtshilfe mehr. Die letzte Gruppe, die nach der Räumung des Zentrums Gassergasse gebildet worden war und auch einiges erreichen konnte, löste sich in Krämpfe auf. Die Mitglieder wollten sich nicht als Sozialarbeiter für je nach Bedarf "hereinschneidende" Betroffene sehen. Rechtshilfe sollte eine Organisation von, und nicht für Betroffene sein. Aus diesem und anderen Beispielen



BULLEVARDE

* Kleingruppen: politische Prozesse; welche Erfahrungen gibt es, welche Ansprüche haben wir an Solidaritätsarbeit und AnwältInnen

* etwa 17 Uhr: Diskussion mit AnwältInnen

- Gabi Kovarcik

läßt sich für die Zukunft lernen. Daß eine kontinuierlich arbeitende Rechtshilfe/Anti-Repressionsgruppe von Nöten ist, leuchtet ein. In diesem AK sollten zumindest die Grundstrukturen einer solchen besprochen werden.

o Kriminalisierung in den 80ern

In diesen AK soll versucht werden, "geschichtlich" die Entwicklung der "neuen sozialen Bewegung" und der Verschärfung der Repression durch Polizei und Justiz in einen Zusammenhang zu stellen. Die Mittel zur "Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit" haben gerade dabei einen enormen Wandel erfahren. Dokumentiert wird dies u.a. auch durch Verfahrens- und Prozeßprotokolle. Chronologie samt Einschätzung.

o Häfenarbeit, Häfenkampf

Welche Rechte gibt es im Häfen, welche Kämpfe lassen sich führen. Wer sich die

Verbündeten. Welche Strukturen finden wir dort vor, wie entwickelt sich ein gemeinsamer Kampf mit anderen Mithäftlingen??? Es geht hier nicht zuletzt darum, quasi "gewerkschaftliche" Forderungen für den Häfen aufzustellen. Diskutiert muß sicherlich auch über den Begriff politische/r Gefangene/r werden.

o "Innere Sicherheit"

Entwicklung der Polizeiorganisation und ihrer Aufrüstung. Inhaltliches aus Polizeikreisen zu internationaler Zusammenarbeit, Bekämpfung der sog. "Neuen sozialen Bewegung", "Terrorbekämpfung"...
..
Verbindung von poli-

tischem und polizeilich-militärischen Bereich. Polizeitechnik (Waffen, EDV,...) Gründe für Verschärfung der Repression durch Polizei und Justiz gegenüber politisch Aktiven; Einschätzung über weitere Entwicklung und ihre Bedeutung für unseren Widerstand, besonders im Hinblick auf eventuellen EG-Anschluss.

Alle Arbeitskreise werden mit kurzen Referaten eingeleitet werden. Info-Material wird in einem Vorbereitungsreader zusammengefasst, der ab 7.11. im Rotstiltzchen erhältlich ist. Allen, die sich rechtzeitig anmelden, wird der Reader per Post zugeschickt.

UMERZIEHUNG FÜR RATZENBÖCK

(Betroffene)

Am 21.11.1988 standen in Linz drei Teilnehmerinnen der Frauen-Sommer-Universität vor Gericht. In dem "Feministinnenprozess" (Kurier, Volksstimme) wurden sie beschuldigt, in der Nacht vom 15.7. auf den 16.7.1988 mehrere Gebäude der Linzer Innenstadt mit Parolen wie "STOPP DER GENTECHNIK" oder "UMERZIEHUNGSGELD FÜR RATZENBÖCK" besprüht zu haben. Trotz der für die Polizei scheinbar üblichen Beschimpfungen (O-Ton: "unter'm Hitler..."; "ihr ge-

hört alle vergast"), Leibesvisitationen und einer Erkennungsdienstlichen Untersuchung verweigerten die drei Frauen schon bei ihrer Festnahme jegliche Aussage. Unterstützt von etwa 100 Personen setzten sie diese Linie auch während der Hauptverhandlung fort. Ein Bekenntnis von "Schuld" oder "Unschuld" und damit eine Distanzierung von der Aktion konnte der Richter den "Angeklagten" nicht entlocken. "Indem wir uns als im Widerstand gegen jegliche Herrschaft begreifen, kann es nicht um Schuld oder Unschuld gehen, weil dies heißen würde, daß sich Widerstand und

Protest gegen Herrschaft an der bürgerlichen Rechtsprechung orientiert. Gerichte und Staat sind nicht bevollmächtigt, über unseren Widerstand und Protest zu urteilen...die Gerechtigkeit der Gerichte ist die Gerechtigkeit der Herrschenden." Ein umfassender Bericht über diesen Prozess, der mit unbedingten Geldstrafen in der Höhe von 22 800 öS endete(dazu kommt noch der "Schaden", etwa 17000 öS), erreichte uns erst in allerallerletzter Sekunde und war für den verbleibenden Platz viel zu lang. Er erscheint in der nächsten Nummer!

HERBSTAKTION IN WACKERSDORF

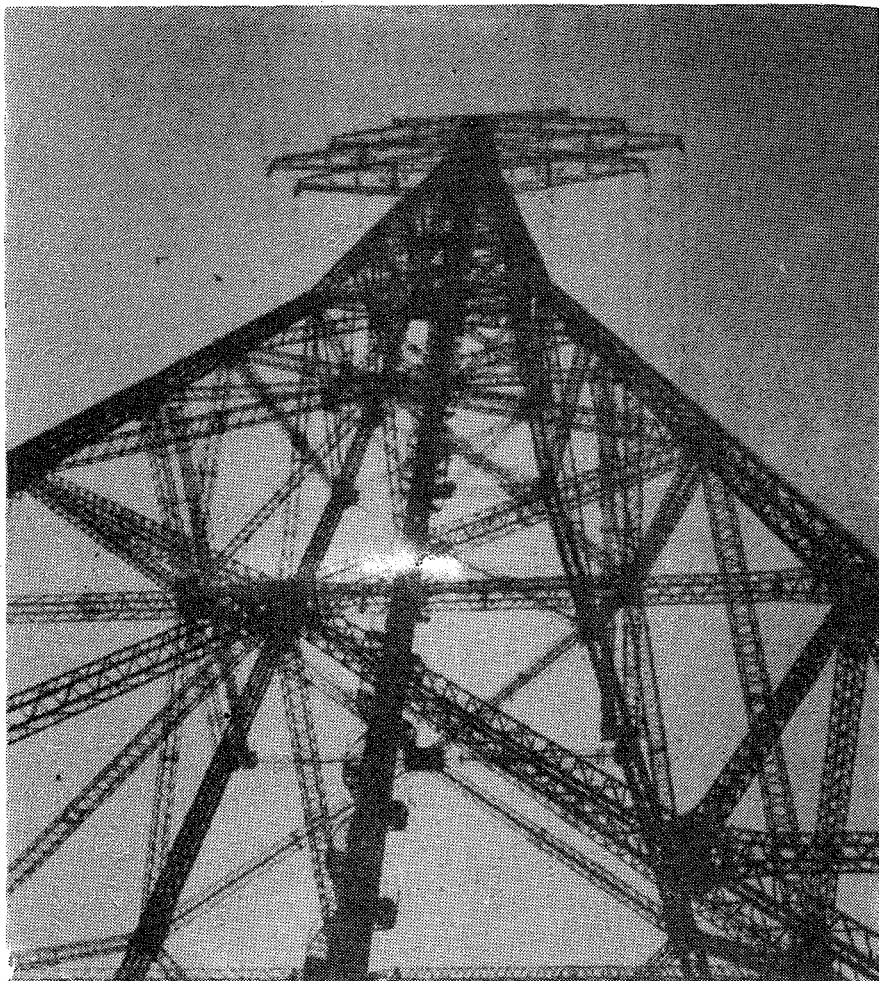
(1A1blatt, gr)

Von der österreichischen Öffentlichkeit kaum bemerkt fanden auch heuer wieder Herbstaktionen rund um den Bauplatz der WAA Wackersdorf statt. Höhepunkt war eine Großdemonstration zum Bauzaun, zu der Samstag, 15. Okt. etwa 40.000 Leute gekommen sind. Mit Ausnahme einer Provokation durch eine Gruppe von Neo-Nazis, in deren Folge ein Demonstrant kurz festgenommen wurde, verlief die Kundgebung außergewöhnlich friedlich. Das war auch die Absicht der OrganisatorInnen, vor allem aber der Polizei und der bayerischen Regierung. Deren Bemühungen, einen friedfertigen Eindruck zu vermitteln, waren bereits in der Vorbereitungszeit zu spüren. Erstmals seit Pfingsten 1986 wurde eine Demonstration zum Bauzaun nicht untersagt und nachdem sich die autonomen Gruppen aus der Vorbereitung zurückgezogen hatten, beeilte sich Staatssekretär Gauweiler mit der Versicherung, das vergangene Herbst in Wackersdorf durch besondere Brutalität aufgefallene Sondereinsatzkommando SEK aus Westberlin und das bayrische "Unterstützungskommando" USK würden diesmal nicht eingesetzt. Die auffällige Zu-

rückhaltung von Polizei und Bundesgrenzschutz während der Herbstaktionen dürfte wohl auch auf den momentanen Machtkampf in der CSU zurückzuführen sein. Gauweiler sei wohl bemüht, sich ein liberales Image zu verschaffen, meinen VertreterInnen der örtlichen BIS. Genützt hat ihm das allerdings wenig, bei der jüngsten Regierungsumbildung verlor er die Zuständigkeit sowohl für Polizei als auch für den Gesundheitsbereich.

Kommentar

Zwei Ziele hatten sich die OrganisatorInnen für die diesjährigen Herbstaktionen gesetzt: Eine zahlenmäßig möglichst beeindruckende Großdemonstration, um zu zeigen, daß der Widerstand gegen die WAA noch keineswegs eingeschlafen ist und sich auch auf die Auseinandersetzung auf juristischer Ebene weder beschränken will noch kann. Und um möglichst viele der 880.000 EinwanderInnen gegen



die 2. Teilerrichtungsgenehmigung neu oder wieder in den Widerstand zu integrieren.

Zum anderen, daß diese Demonstration so friedlich wie von ihrer Seite möglich verlaufen soll.

Beides haben sie erreicht, so gesehen kann das Ganze als Erfolg betrachtet werden. Was die VertreterInnen der Oberpfälzer BIs in Reden und gegenüber der Presse dann auch taten.

Ein weiteres Vorhaben, nämlich daß sich ein möglichst breites Spektrum des Widerstandes versammeln möge, wurde bereits in der Vorbereitungsphase teilweise fallengelassen. Daß diejenigen Gruppen, die sich in ihren Widerstandsformen nicht an die vom Staat vorgegebenen Spielregeln halten wollen, ein solches Konzept nicht mittragen würden, war klar. Sie mußten auch nicht aus der Vorbereitung herausgedrängt werden, sie gingen freiwillig.

Es ist müßig und eher unsinnig, darüber zu spekulieren, ob der Ausstieg der autonomen Gruppen die Voraussetzung für den zahlenmäßigen Erfolg war, d.h. ob sie betont "friedliche" DemonstrantInnen abgeschreckt hätten oder nicht. Eine friedliche Demonstration unter Beteiligung zahlreicher "gemäßigter", z.B. christlicher Gruppen war sicher kein Fehler. In den nächsten Mona-

ten wird - auch im christlichen Bayern sind Wunder selten - das Bayerische Umweltministerium die 2. Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA erteilen. Um nicht völlig in die Defensive zu geraten, müssen die WAA-GegnerInnen rechtzeitig - d.h. schon vorher - und stark agieren. Entscheidend wird dabei sein, ob es gelingt, die Einigkeit möglichst vieler herzustellen. Ein Rückzug der "braven DemokratInnen" würde dem Widerstand den Großteil seiner zahlenmäßigen Stärke und damit vielleicht sogar seine Legitimation, jedenfalls aber seinen Rückhalt in der Bevölkerung, nehmen.

Gleichzeitig müssen aber - schon um effizient zu sein - an-

dere Formen als die konventionellen gefunden und praktiziert werden. Das

wird aber nur möglich sein, solange die RepräsentantInnen des "friedlichen Widerstands" diesen als Teil der Bewegung verstehen und akzeptieren. Tun sie das nicht, wird es nur zu leicht sein, Aktionen, die über das brave Demonstrieren und Unterschreiben von Unterschriftslisten hinausgehen, als Taten einer kleinen radikalen Minderheit, der es gar nicht um die Verhinderung der WAA gehe, darzustellen.

Eine Spaltung der WAA-GegnerInnen kann noch verhindert werden, nur muß dazu allen klar sein, daß sie das Ende des Widerstands wäre.

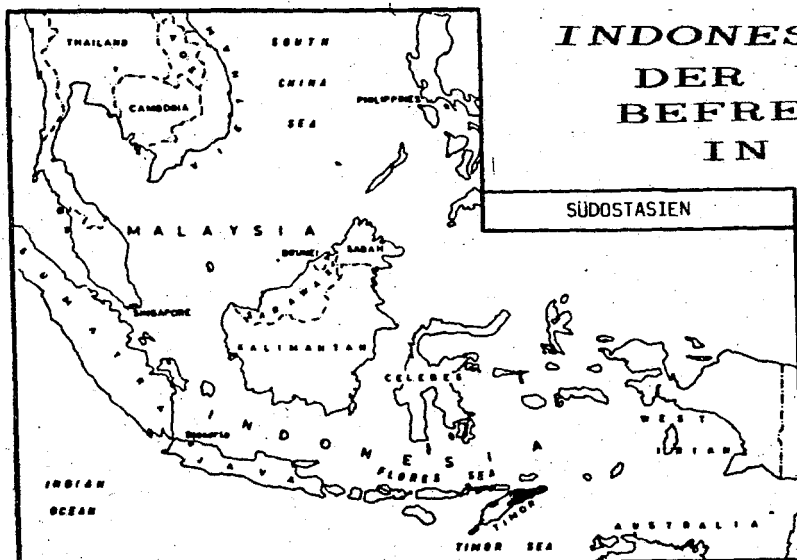
BRD: POLITISCHES UND STATISTISCHES SCHEITERN DER VOLKSZÄHLUNG

(phoenix, aw)

Ein Jahr nach der Volkszählung 1987 ist die Niederlage der Bundesregierung offensichtlich. Immer noch zählen Berlin, Hamburg, Wiesbaden und andere Städte und versuchen mit überhöhten Zwangs- und Bußgeldern von bis zu 10000,- öS die BürgerInnen in die Knie zu zwingen. Die Grünen berichten, daß der Zeitplan nirgends eingehalten werden konnte. Heute werden die zum Teil bereits veralteten Daten mit solchen von 1988 kombiniert. Tatsächlich liegt die

Boykottquote in den Städten zwischen 5 und 10%, auf dem Land bei etwa 2%. Dadurch sind die Ergebnisse unkorrigierbar verzerrt.

Durch die Zwangsmaßnahmen und die erwiesenen Unwahrheiten der Bundesregierung und der Behörden ist das Mißtrauen gegenüber Datensammlern und die Besorgnis über Datenmißbräuche weiter gestiegen. Unter diesen Umständen bezweifeln die Grünen, daß es in der BRD jemals wieder eine Volkszählung geben wird.



INDONESIEN: DER VERGESSENE BEFREIUNGSKAMPF IN OSTTIMOR

(Österr. Komitee für Osttimor, aw)

1975 wurde die ehemalige portugiesische Kolonie Osttimor von Truppen Indonesiens besetzt. Inzwischen fielen etwa ein Drittel der ursprünglich 700.000 EinwohnerInnen indonesischen Militäraktionen und Hungerblockaden zum Opfer. Die UNO verurteilte die Besetzung als völkerrechtswidrigen Akt.

"Politische Unterstützung für Osttimor ist von der österreichischen Regierung nicht zu erwarten, während die ebenfalls neutrale Schweiz für eine Unabhängigkeit

Osttimors eintritt", sagt ein Vertreter des Komitees und führt die österreichische Haltung in dieser Frage auf die Wirtschaftsinteressen unseres Landes in Indonesien zurück. Das Komitee kritisiert auch "die menschenrechtsverachtende Praxis" der Steyr-Daimler-Puch AG, die neuerdings mit dem indonesischen Nachbarland Malaysia Gespräche über die gemeinsame Produktion des Sturmgewehres Stg-77 führt. Nach diesen Informationen ist auch die Produktion einer Polizeiversion geplant, die

erstmalig auf einer Militärmesse in Kuala Lumpur (Malaysia) 1986 vorgestellt wurde; diese Variante des Stg-77 kann auch mit Gummischrot und Plastikmunition geladen werden, und ist zur Aufstandsbekämpfung im inneren vorgesehen. Ein möglicher Export dieses Gewehres nach Indonesien u.a. Militärdiktaturen unterliegt nicht mehr den österreichischen Gesetzen. Malaysia selbst ist das Land mit den meisten verhängten und exekutierten Todesurteilen der Welt. Bereits 1976, auf dem Höhepunkt der indonesischen Militäraktionen in Osttimor, lieferten die Steyr-Werke 350 Militär-LKWs nach Indonesien. Der Kampf der FRETILIN, der Befreiungsbewegung des osttimoresischen Volkes, geht unterdessen von der österreichischen Bevölkerung weitgehend unbeachtet weiter.

BRASILIEN: MASSENMORD AN BÄUERINNEN

(phoenix/a1/90)

Seit 1980 wurden in Brasilien über 1000 Bauern/Bäuerinnen bei Konflikten um Landbesitz getötet. Felder und Hütten wurden zerstört und zahllose DorfbewohnerInnen von ihrem Land vertrieben. Im Zuge einer Landreform vom Oktober 1985 sollen bis

zum Jahr 2000 rund sieben Millionen landlose Bauernfamilien auf das ungenutzte Land von Großgrundbesitzern umgesiedelt werden. Seit diesem Zeitpunkt hat sich die Situation weiter verschärft.

Großgrundbesitzer werben nun immer häufiger professionelle

Killer an, um Bauern/Bäuerinnen, die Ansprüche auf ihr Ackerland stellen, zu "beseitigen" und die Landbevölkerung einzuschüchtern. Die Polizei unterstützt die Großgrundbesitzer, die ihrerseits die Polizeieinsätze finanzieren. Folglich "verabsäumt" es die Polizei häufig gegen dorfbekannte Killer vorzugehen.

ZUSAMMENLEGUNG - J E T Z T !

(taz/|A|blatt)

In einer ganzseitigen Annonce in der taz vom 15.10.1988 fordern über 100 Personen u.a. die "Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große selbstbestimmte Gruppen, Abschaffung der Isolation in allen Gefängnissen der BRD" und "unbehinderte politische Information und Kommunikation" für alle "kämpfenden Gefangenen". Mit dieser Aktion wollen die ErstunterzeichnerInnen unter ihnen RechtsanwältInnen, Bundes-

tagsabgeordnete und Musikergruppen wie die "Einstürzenden Neubauten" oder die "Toten Hosen" "das von staatlichen Organen gesetzte Tabu durchbrechen(...). Niemand soll sagen können, er habe von den Vorgängen nichts gewusst." Neben Zitate aus Gutachten in denen festgestellt wird, das "Isolation geeignet (ist), Schäden zu setzen, die das normale und für unvermeidlich erachtete Maß übersteigen", findet sich in dem Aufruf die Forderung nach Freilassung der Gefangenen

aus der RAF Günther Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Angelika Goder und Bernd Rössner. Alle vier sind aufgrund bei der Festnahme oder in der Haft zugefügter schwerer körperlicher "Beeinträchtigungen" (zB. Kopfschuss im Fall Günther Sonnenberg) haftunfähig. Eine geeignete ärztliche Betreuung ist in Haft, besonders unter Bedingungen der Isolation, unmöglich. Nähere Informationen: Initiativkreis für den Erhalt der Hafestraße; Bernhard-Nocht-Str. 51 BRD 2000 Hamburg 36

BRD: EINSATZ DES BUNDES-GRENZSCHUTZES IM LKW-LENKER/INNEN-STREIK

(phoenix)

In der Nacht vom 18. auf den 19. September beschlagnahmten Polizisten des Bundesgrenzschutzes die LKW der seit über einer Woche an der Autobahn bei Hengersberg in Bayern streikenden FernfahrerInnen. Die bundesdeutschen FahrerInnen der österreichischen Spedition Stadler, hatten mit ihrem Streik auf ihre unzumutbaren Arbeitsbedingungen aufmerksam gemacht. Sie reagierten damit auf die

von der Firma Stadler seit langem gegebenen aber nicht eingehaltenen Versprechungen, für eine den bundesdeutschen Vorschriften entsprechende, reine Lenkzeit von 48 Stunden pro Woche. "Übermüdete FernfahrerInnen auf deutschen Autobahnen sind mindestens so gefährlich wie abgefahrene Reifen", erklärte dazu der niederbayerische Landtagsabgeordnete Dr. Paul Kestel und kritisierte das Vorgehen

des Bundesgrenzschutzes als "glatten Mißbrauch von Polizeikräften". Die LKW-FahrerInnen hatten neben der zu langen Arbeitszeit auch über manipulierte Fahrtenschreiber und teilweise längst fällige Fahrzeugüberprüfungen durch den Technischen Überwachungsverein (TÜV) geklagt. Die bundesdeutschen FernfahrerInnen waren über die belgische Filiale der Spedition Stadler "Reul" beschäftigt worden, da ÖsterreicherInnen keine im Ausland zugelassenen Fahrzeuge lenken dürfen. Beim Arbeitsgericht in Passau läuft derzeit ein Verfahren in dieser Angelegenheit.

SÜDTIROL/TOSKANA: BOYKOTT GEGEN RÜSTUNG UND KRIEGSFORSCHUNG

(phoenix, 11 manifesto; cp)

Immer mehr Menschen widersetzen sich auf verschiedenste Art der Rüstung: Sie verweigern zum Beispiel den Militärdienst oder halten ihren Beitrag zum Rüstungshaushalt zurück und widmen einen Teil für Friedenszwecke um.

Ab 1982 ist die Zahl der KriegssteuerweigererInnen ständig gestiegen (1986 waren es in ganz Italien 3700). Nun hat der Staat begonnen, durch Zwangseintreibung diese Steuerbeträge wieder hereinzubekommen. Trotzdem hofft die Landesfraktion "Für ein anderes Süd-

tirol" auf eine weitere Ausbreitung der Bewegung und unterstützt die Steuerverweigerung in ihren Anliegen. Weiters fordert sie die Einstellung der laufenden Verfahren, die Legalisierung der Kriegssteuerweigerung und natürlich konkrete Schritte zur Abrüstung.

Auch in der Toskana gibt es eindeutige Zeichen zum Abbau des Rüstungswahnsinns. So hat der Regionalrat der Toskana (rot-grüne Mehrheit) schon den zweiten deutlichen Schritt gesetzt. Nachdem er beschloß, öffentliche Gelder der Region für

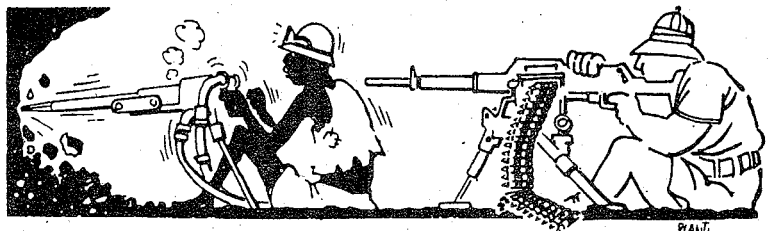
jene Universitätsinstitute zu sperren, die im Rahmen von Forschungskontrakten mit Produzenten von Kriegsmaterial zusammenarbeiten, sind nun auch alle von der Region ausgeschütteten öffentlichen Förderungen für Firmen eingestellt, die Kriegsmaterial herstellen.

Ausnahmen gibt es nur für Firmen, die die öffentlichen Gelder zur Finanzierung der Erstellung und Durchführung von Rekonversionsplänen (Umstellung von militärischer auf sozial nützliche, friedliche Produktion) benützen. Die Toskana hat, nach der Lombardei, Ligurien, Latium und Piemont, den höchsten Militäranteil an der Produktion.

SÜDAFRIKA/NAMIBIA: 20000 EUROPÄER IN DER SÜDAFRIKANISCHEN UND NAMIBISCHEN ARMEE

(Phoenix 7/86)

Ein südafrikanisches Gesetz schreibt Ausländern, die sich länger als fünf Jahre in Südafrika oder Namibia aufhalten vor, ihren Wehrdienst in der South African Defence Force (SADF) beziehungsweise in der South West African Territorial Force (SWATF) abzuleisten. 20000 Europäer, darunter 4000 bis 5000 BRD-Bürger dienen derzeit in der SADF und in der SWATF, schätzt Franz Nadler von der AG Südliches Afrika in Offenbach (BRD). In der Bundesrepublik Deutschland gilt der



Dienst in der SADF und SWATF als Erfüllung der Wehrpflicht. Damit verstößt die BRD gegen UNO-Resolutionen aus den Jahren 1978 und 1980, die sich gegen die Apartheid richten. Das Bonner Verteidigungsministerium will dazu keine Stellungnahme abgeben. Die

Grün-alternative Regenbogenfraktion in Brüssel bereitet dazu eine Anfrage im Europaparlament vor. In die BRD zurückgekehrte Bundesbürger berichten darüber, daß es in der SADF sogar freiwillige Söldner mit der Staatsbürgerschaft der BRD gäbe.

SOZIALABBAU, PROTEST UND WIDERSTAND

(Die AutorInnen dieses Artikels waren MitorganisatorInnen der Demo vom 15. Oktober)

Um der "Funktionspolitik" etwas entgegenzusetzen hatten autonome und unabhängige Basisgruppen für den 15. Oktober zu einer eigenen, von der "österreichischen Sozialbewegung" unabhängigen Aktion aufgerufen. Dicke Luft in der Sozialbewegung ist nichts neues, "Leute, die Bewegungen und Demonstrationen bereits ein Jahr im voraus planen, sind suspekt" (ein alternativer Gewerkschafter). Die Vorbereitung der "Großaktion

am Ballhausplatz" hatte das Fass zum Überlaufen gebracht.

Die Differenzen über Inhalt und Form des Widerstandes gegen Sozialabbau beherrschte schon frühere Treffen der Sozialbewegung.

Mitte Juni hatten besonders Autonome und Grün-alternative kritisiert, daß alle wesentlichen Entscheidungen hinter geschlossenen Türen und von einer kleinen Gruppe von Berufsfunktionären getroffen

würden, und forderten mit Nachdruck offene Entscheidungsstrukturen. Ort und Termin der Entscheidungsgremien sollten, so wurde damals vereinbart, in Zukunft rechtzeitig bekannt gegeben werden und allen zugänglich sein. "Anfang Juli rutschte uns dann ein sehr persönlicher Brief zwischen die Finger" (1 Basiswappler). 18 Personen (siehe Faksimile) sollten in Döbriach zusammenkommen, um u.a. über die Großaktion am 15.10., einen Plattformentwurf für dieselbe sowie die Sozialenquete der Bundesregierung "zu sprechen und zu entscheiden" (Zitat Brief). "Wir waren total sauer; die Sozialbewegung als Institution war für uns

Koordinationsgruppe "Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau" Für eine offensive Beschäftigungs- und Verstaatlichungspolitik

c/o Horst Horvath
11571 Gasse 11/2
1400 Oberwart
03552/49 7 14

Liebe Freunde!

Am 18. und 19. Juni fand in Wien eine Tagung mit ca. 100 Personen statt. Bei dieser Veranstaltung wurden die ersten Überlegungen für eine Herbstaktion beschlossen. Auch über die am 24. Oktober 1987 zugesagte Enquete wurde berichtet.

Es tut sich vieles, und auch wir müssen noch vieles tun. Um uns gemeinsam über die weitere Vorgangsweise zu beraten, möchte ich Dich zum Treffen am

~~14. Juni 1987~~ am 14.00 Uhr
nach Döbriach/Kärnten
Kinder- u. Jugendcamp
Döbriach am Millstättersee
Glanzenstraße
9873 Döbriach
Tel.: 04246/7704

einladen;


Es ist wichtig, daß Du persönlich an dieser Sitzung teilnimmst. Solltest Du jedoch wirklich verhindert sein, wäre es wichtig, daß Du jemanden ambitionierst, der für Eure Organisation sprechen und entscheiden kann.

Vorschlag für Tagesordnung:

- Organisatorische Abwicklung bis Herbst (15. Okt.)
- Erweiterung des Bündnisses
- Vorankündigungsarbeit im Sommer (Plakate, Flugblätter, Zeitung)
- Enquete der Bundesregierung (September)
- Plenum - 11. September
- Geldmittelaufbringung (seit Okt. 1987 haben wir über S 45.000,-- verbraucht, die noch nicht abgedeckt sind) für Herbstaktion
- Plattformentwurf f. 15. Okt.
- Allfälliges

Liebe Freunde, ich hoffe, auch Euch ist dieses Treffen ein Anliegen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen


Horst Horvath
für KOA

Ergeht an: Norbert Bacher (Gewerkschaft der Eisenbahner-Jugend)
Herbert Beiglböck (Kath. Jugend)
Franz Bernthaler (GPA-Jugend)
Otto Bruckner (KJÖ)
Reinhold Eckhard (SJ)
Erich Penninger (JG - in Vertretung f. Christian Cap)
Gerald Gerstbauer (GPA-Jugend)
Dorothea Glatzmayer (Bundesdachverband der Sozialprojekte)
Manfred Gross (KPÖ)
Alfred Gusenbauer (SJ)
Bernhard Heinzlmayer (VSSÖ)
Kuno Knöbl
Heinz Pichler (Kath. Arbeiterjugend)
Mangit Pieber
Manfred Srb (Grüner Parlamentsclub)
Willi Stelzhammer (Verein - Zusammen)
Pius Strobl (Grüne Alternative)
Andreas Tot (ÖGJ)

gestorben" (1 Autonomer). Horst Horvath, Koordinator der "Sozialbewegung" fühlt sich mißverstanden - "Das stimmt, das Treffen hats gegeben. Am Millstättersee traf sich aber nur ein Arbeitskreis, der die Geldfrage klären sollte."

"Sauer", aber doch verständigungsbereit, machten sich einige VertreterInnen von Basisgruppen auf den Weg zum bundesweiten Plenum der Sozialbewegung am 11. September in Wien. Die Räumung der Ägidigasse/Spalovskygasse, die darauffolgende 14-tägige Untersuchungshaft für 50 Personen und die ständigen Demonstrationsverbote¹ nach der Räumung sollte nicht widerspruchslos hingenommen werden. "Wir lassen uns von niemanden von der Straße vertreiben, wir wollen als eigene Gruppe an der Demonstration im Oktober teilnehmen."

Aber es kam anders:

Schnell wurde der Aufruf für den 15. Oktober beschlossen. "Da hatten die autonomen Gruppen sehr wohl Gelegenheit, ihre Inhalte einzubringen" (Otto Bruckner, KJÖ). "Stimmt", kontern damals Anwesende, "wir konnten nach erbitterten "Diskussionen" einige Nebensätze durchsetzen. Die Grundlinie des Aufrufs, ein nichtssagender Bettelbrief an die

Regierung, stand nicht zur Diskussion."

Nach der Mittagspause präsentierte das Podium schließlich den Ablauf der Großaktion am 15. Oktober. Statt einer gemeinsamen Demonstration sollte nur ein "kämpferisches Fest" am Ballhausplatz stattfinden. Diverse "Bereichsgruppen" wurden beauftragt verschiedene Auftaktkungebungen und ev. Zubringer-Demonstrationen zum Ballhausplatz vorzubereiten. Plena

dienten nicht einmal mehr der nachträglichen "demokratischen Legitimierung" von bereits gefaßten Beschlüssen. Trotz heftiger Proteste verabschiedete die KP-SP-Mehrheit ihre Vorstellungen einer Sozialbewegungs-Großaktion.

So trafen sich schließlich einige Gruppen, die sich vom 15. Oktober 1988 mehr erwartet hatten als ein "kämpferisches Fest", und sich in ihren Vorstellungen

WER SPALTET?

"In der Vielfalt liegt die Einheit" lautet das Motto ... Gerade deshalb ist es uns unverstündlich, warum ihr in eurer Aktionsplanung diese Vielfalt der Einheit gegenüberstellt; warum ihr indifferente Angriffe auf Teile der Sozialbewegung und die gesamte Sozialbewegung startet - und - warum ihr in Eurer Aktionsplanung eine seperatistische Vorgangsweise wählt." ("Offener Brief an das Plenum der autonomen Gruppen", Wien, 30. September 88, Österreichische Sozialbewegung)

"Auf dem letzten gesamtösterreichischen Plenum der Sozialbewegung mußten diese Fragen (- der Einfluß "neoanarchistischer Gruppierungen, die Einzelinteressen über das Ge-

samtinteresse schieben und die Bewegung in Einzelheiten verzetteln") ausdiskutiert werden. Gemeinsam mit Bündnispartnern aus dem katholischen, dem sozialistischen und dem Junggewerkschafterbereich wurde ein Aufruf ausgearbeitet und beschlossen, der die Hauptfragen richtig gewichtet. Einmal mehr erwies es sich als unabdingbar, um Bündnisse mit gesellschaftlich relevanten politischen Strömungen aufrechtzuerhalten, Ultra-Linke oder sich ihnen anpassende Strömungen zurückzudrängen." (Walter Baier; Aus dem Bericht des politischen Büros auf der 10. Tagung des Zentralkomitees - EG-Beitrittsantrag verhindern, Sozialaktion am 15. Oktober vorbereiten, Die Partei in neuer Situation stärken; Volksstimme, 22. September 1988)

vom Sozialabbaukomitee übergangen fühlten, zu einem gemeinsamen Plenum. Ziel war es, eine selbstorganisierte Demonstration auf die Beine zu stellen. Viel wurde auch über den Sinn von Demonstrationen überhaupt diskutiert.

Bei unserer eigenen Demo wollten wir höhere Ansprüche verwirklichen: Wir wollten keine Forderungen an die Herrschenden stellen, da solche, wenn sie nicht in ihrem Interesse liegen, ignoriert werden. Alle diese Forderungen beinhalten Probleme, die uns "von oben" vorgesetzt werden. So können wir nicht hoffen, daß sie FÜR uns gelöst werden - wir müssen sie SELBST lösen.

Widerstand gegen Sozialabbau ist mehr als Petitionen überreichen und Enqueten durchführen etc. Bei unserer Demo wollen wir effektivere Widerstandsformen durch Aktionen vorzeigen und in Redebeiträgen dokumentieren. So

könnten Betroffene zu Selbstorganisiertem Widerstand motiviert werden, und Mut für eigene Aktionen gewinnen. Außerdem soll allen Betroffenen, die vereinzelt in ihren Wohnungen sitzen (oder eben nicht) vor Augen geführt werden, daß sie mit ihren Problemen nicht allein sind.

In diesem Sinne wurde für den 15. Oktober eine Demoroute quer durch "Betroffenengebiete" zusammenge-

stellt, die auch die Paläste der Verantwortlichen nicht aussparte. An neuralgischen Punkten wurden Kundgebungen zu den entsprechenden Themen abgehalten.

Treffpunkt Oper, weiter über EG-Botschaft - Flohmarkt - durch Sanierungsgebiete in Gumpendorf - vorbei an der Stiftskaserne - Justizpalast - Landesgericht - CA-Hauptgebäude - Zielpunkt: Ballhausplatz,

Fest der "Sozialbewegung".

Es nahmen ca. 500 Personen (nach der Kundgebung am Flohmarkt fast 1000) an dem Gewaltmarsch von 4 Stunden teil.

Einige an die Demo gestellte Ansprüche fielen unter den Tisch. So gab es zwar Kundgebungen, aber keine Aktionen.

Verwirklicht werden konnte der Anspruch, daß die gemeinsame Vorbereitung dieser



Demonstration ein Schritt zur längerfristigen Organisation der unabhängigen linken Gruppen sein sollte. So wurde zum Beispiel ein Reader zusammengestellt, in dem jede Gruppe die Möglichkeit hatte, Beiträge über ihren Arbeitsbereich zu veröffentlichen. Auch wird es in nächster Zeit Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu bei der Demo angerissenen Themen geben. Und: DIESE DEMO WIRD NICHT UNSRE LETZTE SEIN

¹ z.B. Wohnaktion am Stephansplatz: Obdachlose und Leute der Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo wollten mit Decken, Tischen, Sesseln und Info-Wänden auf ihre Situation aufmerksam machen. Die ordnungsgemäß angemeldete Kundgebung wurde von der Polizei als illegale Zwischenlagerung von Möbeln angesehen und unter diesem Vorwand nach kurzer Zeit aufgelöst, wobei 7 Personen gezielt festgenommen wurden.



ZUFÄLLIGDABEI

"ZUFÄLLIGDABEI" berichtet von der Enquete der österreichischen Bundesregierung: "Zur sozialen Lage in Österreich", am 7.9.1988 (TAlbjatt, aw)

Auf Begrüßungen, Einführungen und die erste Pause verzichte ich gerne, da mich bis zehn Uhr nichts aus dem Bett bringt. So bleiben mir auch die Äußerungen von BM (Bundesministerin) Flemming vorenthalten - laut Nacherzählung: "Niemand soll essen, der nicht arbeitet". So leicht kann ein morgendlicher Schock vermieden werden. Hier ein kurzer Überblick des folgenden: Trautl Brandstaller (Moderatorin, um 11.25, nach 3 Stunden Enquete!): "...ich glaube, es sollte zu Auseinandersetzungen kommen..."

Daraufhin hält ein Vertreter der Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo seine Rede nach dem Grundsatz "Friede den Hütten, Krieg den Palästen!"

Eine Sozialbewegte hinter mir: "Also das war mir zu steil, diese Aggressivität..."

Brandstaller: "...also, ich möchte zurückweisen..."

Abg. Schranz (SP): "...ein großer Schritt..."

Puntscher-Riekman (Grüne): "...die Abneigung der Regie-

rungsparteien sich mit Behinderten zu befassen..."

Ein Genosse vom Zentralverband der Pensionisten: "...meine Unfallrente wurde zu Beginn 1988 um 200,- gekürzt, nach der letzten Anpassung Mitte 1988 um 160,- erhöht..."

Abg. Guggenberger (SP): "...habe ich jede Rede des Grünen Klubs verfolgt... ihre Behauptung zu rechtrücken... so etwa... illusionär... R ehabilitationskonzept ...sehr, sehr ungerrecht..."

BM Dallinger: "...zurückweisen... ich weiß um die Schwierigkeiten... komplizierte Zuständigkeitsbestimmungen..."

Beim Verlassen des Kongreßhauses in der Mittagspause waren die Sondereinheiten der Polizei bereits wieder abgezogen, nachdem der Ansturm der Obdachlosen und SozialhilfeempfängerInnen auf die Enquete ausgeblieben war, und der Ägidi-Vertreter hatte mittlerweile auch das Gebäude verlassen.

Kurz vorher versuche ich noch von der Unkosten-Erstattungskassa 38,- für Fahr-scheine herauszureißen, was mit dem freundlichen Ausdruck des Bedauerns abgelehnt wird: nur Delegierte (von wem eigentlich?) bekommen eine Fahrtkostenver-

gütung, nicht aber
 Pressevertreter. Da-
 mit schlägt die Bun-
 desregierung erfolg-
 reich einen Schma-
 rotzversuch meiner-
 seits zurück, denn
 ich bin mit dem Fahr-
 rad gekommen. Und so
 findet diese Veran-
 staltung doch noch
 ihr gutes Ende.
 p.s. Am Besuch der
 Enquete hindert mich
 am Nachmittag der
 Film "Die tapferen
 Schotten" mit Stan
 Laurel & Oliver
 Hardy, und so kann
 ich nichts über die
 geistigen Ergüsse von
 Vranz und Lois be-
 richten. Wer mehr
 darüber wissen will,
 dem sei ORF zu jeder
 Tages- und Nachtzeit
 empfohlen.

ein
 hohes arbeitsloses
 Einkommen.

wünscht Euch Euer
 ZUFÄLLIGDABEI

TATBLATT-BAUSTEINE

o Ja, ich will die TATblatt-Minus-Nummern ein
 halbes Jahr lang zugeschickt bekommen und
 bestelle daher hiemit Baustein(e) à öS
 70.-

o Ich will nähere Informationen über die
 Mitgliedschaft in der U.I.I.

o Ich will

bitte ausschneiden, auf Postkarte picken und
 uns schicken. Nähere Informationen siehe
 Seite 5.

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt
 1050 Wien, Postfach 282

P.S.K. 7547 212

phoenix
 p r e s s e a g e n t u r

Ideenbeirat: Univ. Doz. Dipl. Ing.
 Hans-Peter Aubauer, Physiker, Uni
 Wien • Dr. Klaus Bassemann, Um-
 weltjurist, Berlin • Prof. Dr. Robert
 Jungk, Zukunftsforscher, Salzburg
 • Prof. Dr. Amin Weiss, Chemiker,
 Uni München

Sind Sie **politisch aktiv**?
 Arbeiten Sie in **ökologisch orientierten** Instituten?
 Oder sind Sie in **Bürgerinitiativen engagiert**?

Dann wissen Sie, welche Be-
 deutung die Medien bei der
 Aufklärung der Bevölkerung
 haben, bzw. haben könnten.

Hier hakt phoenix ein. Sie ist
 die Verbindung zwischen al-
 ternativem Wissen und einer
 breiteren Öffentlichkeit. Wir
 sammeln Presseaussendungen,
 Zeitschriften, Studien,
 Veranstaltungstermine und

Aktionsberichte aus dem deu-
 tschen Sprachraum und berei-
 ten sie mediengerecht auf.

Wir senden diese Nach-
 richten täglich an Journalis-
 tenInnen, Zeitungs- & Funk-
 Redaktionen und an politisch
 interessierte Institutionen.
 Nach Wunsch per Telex, Tele-
 fax, Post, Mailbox oder auf
 Diskette.

Und monatlich veröffent-
 licht phoenix presseagentur
 eine Sammlung aller im Vor-
 monat verschickten Meldun-
 gen (für „Informanten“ gratis).

Entstehen bei Ihnen Nach-
 richten, nach denen sich
 Medien die Finger abschle-
 ken?

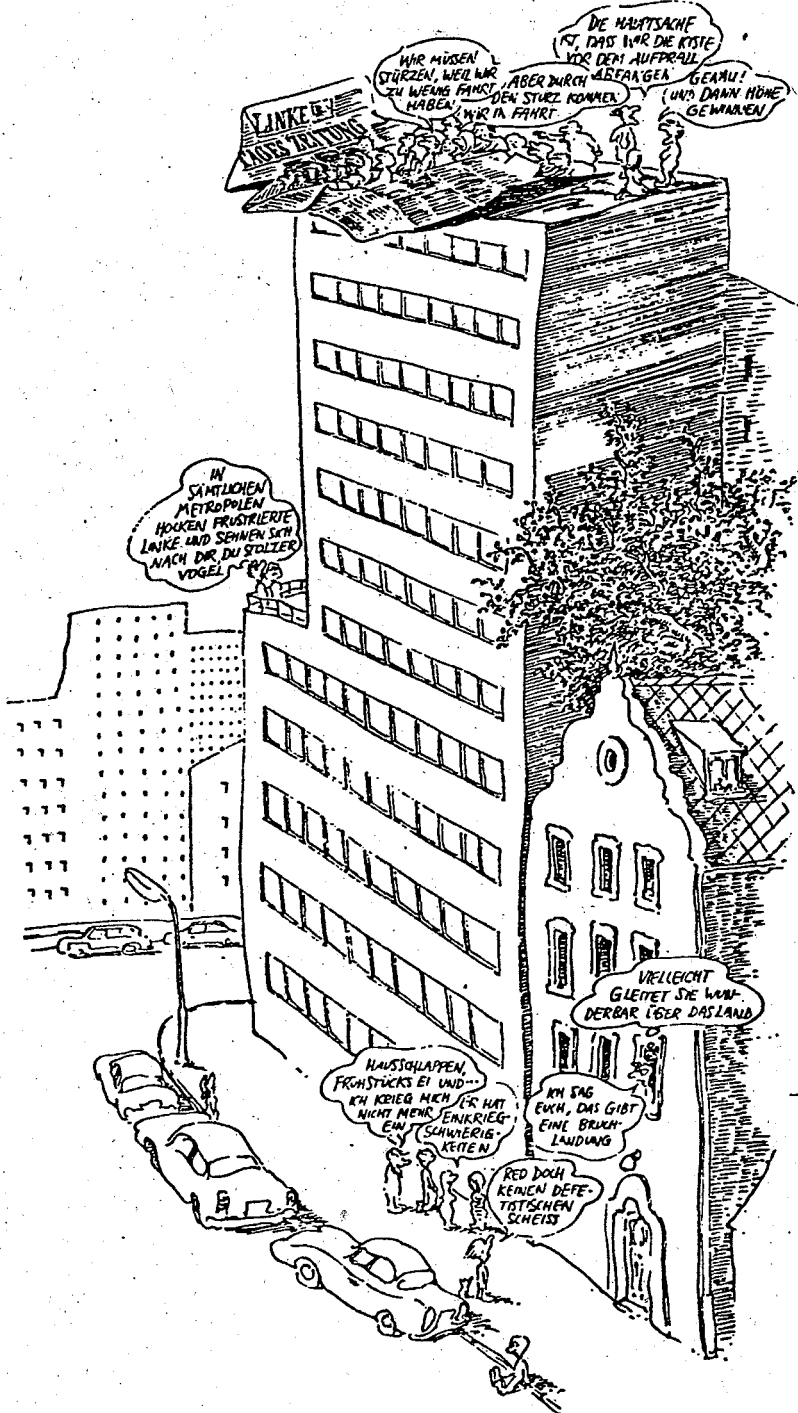
Sind Sie selbst interessiert,
 laufend und aktuell informiert
 zu werden?

Dann schicken Sie uns bitte
 eine Postkarte, ein Telex, Fax,
 einen Brief - oder rufen Sie kurz
 an. Wir senden Ihnen geme-
 näheres Informationsmaterial
 über phoenix presseagentur,
 über die Möglichkeiten des
 Nachrichtenaustausches und
 unsere Abo-Gebühren.

phoenix presseagentur
 Frechinger & Glattau G.m.b.H
 Langackergasse 29 • A-1190 Wien
 Tel.: 0222/32-68-10, 32-48-565

Fax: 0222/32-68-54 • Tlx: 75310220phxa • Mailbox: 0222/43-37-78

Neues von der Zweitageszeitung



Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Befangenen persönlich ausgehandigt worden ist.

„Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Befangenen nicht ausgehandigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushandigung zurückzusenden.

Impressum:

Medieninhaberin:
Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst,
Soziale Verteidigung und
Gewaltfreiheit; 1010 Wien,
Schottengasse 3a/1/4/59

P. b. b.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1010

AN